

# London verliert auf jeden Fall

**Denis MacShane** analysiert die innen- und außenpolitischen Folgen des schottischen Plebiszits.

**D**er Schock sitzt tief im politischen London, seit die Befürworter eines unabhängigen Schottland vor einigen Tagen erstmals die Führung in den Meinungsumfragen übernommen haben.

Sollten die Schotten tatsächlich für die Abspaltung von England stimmen, würden sie den britischen Staat in die größte Verfassungskrise seit drei Jahrhunderten stürzen. Die vereinte englisch-schottische Nation, die nach ihrem Zusammenschluss im Jahr 1707 zur Weltmacht aufstieg und wirtschaftlich wie militärisch auch heute noch in der ersten Liga spielt, wäre dann mit einem Schlag Vergangenheit.

In privaten Gesprächen zeigen sich immer mehr Pro-Unions-Schotten bestürzt und demoralisiert darüber, dass die Separatisten das Referendum gewinnen könnten. Zwar äußern sie die Hoffnung, dass sich am Ende doch noch der gesunde Menschenverstand durchsetzen wird. Aber anders als noch vor dem Sommer sind die Umfragewerte kein Anlass mehr zur Selbstgefälligkeit.

Betrachtet man die gesamte Gemengelage aus nationaler und internationaler Sicht, so sprechen drei Gründe dafür, dass Schottlands Trennung von England jetzt durchaus passieren kann.

Erstens ist die Konservative Partei politisch fast nicht präsent in Schottland. Die konservativen Kabinettsmitglieder sind allesamt im Süden von England verwurzelt. Was noch schwerer wiegt: Die als wohlhabend und elitär geltenden Minister werden nicht müde, ein bankrott Großbritannien zu beschwören, das durch die ausufernde Staatsverschuldung der Vorgängerregierungen in den Ruin getrieben wurde. Nur durch radikale Kürzungen bei den staatlichen Leistungen könne das Land wieder finanziell gesunden.

Angesichts solch einer übertrieben düsteren Darstellung müssen sich die Schotten unweigerlich fragen, warum sie in einem verarmten Großbritannien bleiben sollen, wo mit weiteren Einschnitten bei Löhnen und Renten wie auch in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Wohnen zu rechnen ist. Die Schotten müssen dagegen nur einen Blick über die Nordsee werfen, um sich bei den skandinavischen Nachbarn abzuschauen, wie man wirtschaftliche Effizienz mit sozialer Gerechtigkeit vereinbart.

Die außenpolitischen Fehler des britischen Premiers spielen den Schotten ebenfalls in die Karten. So hat David Cameron nicht nur die Marginalisierung der Briten in Europa bewusst vorangetrieben, sondern mit seinem Ruf nach militärischer Intervention in Libyen oder Syrien zusätzliche Probleme geschaffen.

Damit hat er den Dschihadisten in der Region Zulauf beschert und sie letztlich gestärkt - und die Schotten weiter von der nationalen Politik entfremdet. Die Mehrheit der Schotten stand schon Blairs Irak-Krieg ablehnend gegenüber. Jetzt fühlen sie sich erst recht den Schweden näher, die sich entschlossen haben, ihre Söhne nicht mehr an entfernten Kriegsschauplätzen sterben zu lassen.

Im Vorfeld des Referendums sind Premierminister Cameron und weitere süden-englische Mitglieder seines Kabinetts nach Schottland gereist, um für ihre Sache zu werben. Das kam aber so an, als wollten elitäre Eton-Absolventen die Schotten bevormunden und ihnen mit erhobenem Zeigefinger beibringen, sie könnten nur als Juniorpartner Londons überleben. Das war die denkbar schlechteste Strategie.



Imago [M]

Cameron hat sogar die Unterstützung alternder Promis wie Mick Jagger und Sir Paul McCartney organisiert, um den Schotten klarzumachen, dass sie sich weiter von Südengland lenken lassen sollten. Mit der Entscheidung zum Referendum wollte Cameron auch der als bürgerfern geltenden Brüsseler Politik eine Nachhilfestunde in Sachen Basisdemokratie erteilen. Aber der Schuss kann jetzt ganz offensichtlich nach hinten losgehen.

Zweitens: Auch die Labour-Partei hat auf ganzer Linie versagt. Sie ist in Schottland zwar nach wie vor gut vernetzt, konnte aber mit ihrer wenig inspirierten Pro-Unions-Rhetorik nicht wirklich überzeugen.

In diesem Zusammenhang ist auch von Bedeutung, dass seit 1980 immer wieder die fähigsten Labour-Politiker aus Schottland nach London gegangen sind, um in Parlament und Regierung Karriere zu machen. Bis die Tories 2010 die Macht übernahmen, kam es auf diese Weise zu einer regelrechten Abwanderung kluger politi-

scher Köpfe aus Schottland in den Süden. Das entstehende Vakuum zog Nationalisten und intelligente linksliberale Politiker an, denen die verbliebene zweite Garnitur von Labour-Politikern in der politischen Debatte wenig entgegenzusetzen hat.

Der dritte Grund für die missliche Lage der amtierenden Regierung in London ist die Besessenheit, mit der sie die Abkapselung Großbritanniens von der Europäischen Union vorantreibt. Diese Strategie wird von vielen Konservativen und einflussreichen Medienunternehmern unterstützt. Ihr Argumentationsschema, Großbritannien hätte ohne die Brüsseler Mühlsteine eine rosige Zukunft, wird von Schottland eins zu eins auf London übertragen.

Wenn die Schotten - darunter viele EU-Bürger, die in Schottland gemeldet sind - am 18. September für die Unabhängigkeit stimmen sollten, hätte dies nicht nur für Großbritannien, sondern auch für Europa und die Welt weitreichende Konsequenzen.

Die Chancen der Labour-Partei, jemals wieder die britische Regierung zu stellen, wären gleich null. Bisher war es der überproportionale Anteil an schottischen Labour-Abgeordneten, der wiederholt für Mehrheiten im Abgeordnetenhaus sorgte. Ohne die Unterstützung für Labour aus dem Norden wird das Vereinigte Königreich auf lange Zeit eine Bastion der Konservativen werden. Das wäre natürlich auch kein gutes Omen für die britische Zukunft innerhalb der Europäischen Union.

Auf nationaler Ebene müssten sowohl England als auch Schottland neue Formen der Regierungsführung und der Besteuerung entwickeln. Kommt es zu keiner Einigung, werden sogar Grenzkontrollen auf

den Straßen zwischen Schottland und England denkbar. Ferner bleibt die durchaus nicht triviale Frage, welche Währung die Schotten nutzen würden.

David Cameron hätte derweil die zweifelhafte Ehre, als der Premierminister in die Geschichte einzugehen, der das Vereinigte Königreich in seine Bestandteile aufgelöst hat. Nach einer solch historischen Niederlage wäre ein Rücktritt die logische Konsequenz. Die Labour-Partei ihrerseits wird darunter leiden, dass ihr Spitzenpersonal die Kampagne gegen die Separatisten mit angeführt hat. Es ist durchaus anzunehmen, dass es noch viele Jahre zu gegenseitigen Schuldzuweisungen kommen wird, die mitunter in Chaos und Verzweiflung münden.



Manch einer wird sich auch fragen, ob Großbritanniens ständiger Sitz im Uno-Sicherheitsrat automatisch dem amputierten England übertragen werden soll.

Auf europäischer Ebene stellt sich weiterhin die Frage, ob Schottland in der Europäischen Union bleiben kann oder als neu geschaffene Nation die EU-Mitgliedschaft - einschließlich der Euro-Einführung - neu beantragen müsste.

Die separatistischen Kräfte in anderen EU-Mitgliedstaaten, insbesondere in Katalonien, würden in ihren Unabhängigkeitsbestrebungen bestärkt. Die Chancen eines EU-Austritts Großbritanniens werden steigen, weil die britischen Anti-EU-Kräfte eine schottische Trennung von England als Präzedenzfall für eine englische Trennung von Europa hinstellen werden.

Auch auf globaler Ebene wird England Macht und Einfluss einbüßen. Das britische Militär müsste nicht nur neue Basen für seine in Schottland stationierten Atom-U-Boote schaffen, sondern wird insgesamt an Profil verlieren. Manch einer wird sich auch fragen, ob Großbritanniens ständiger Sitz im Uno-Sicherheitsrat automatisch dem amputierten England übertragen werden soll.

Panikartig bieten die führenden Vertreter von Tories und Labour in London den Schotten jetzt plötzlich mehr Dezentralisierung und weitreichendere Befugnisse an, wenn sie nur ja nicht für die Unabhängigkeit stimmen. Solche Versprechen kommen allerdings einige Jahre zu spät. Selbst wenn es nun eine knappe Pro-Unions-Mehrheit geben sollte, werden die schottischen Separatisten dies zum Halbzeitergebnis erklären. Die Frage der Unabhängigkeit wäre damit längst nicht vom Tisch.

Die Herausforderungen für den britischen Staat sind also immens. Denn egal ob der schottische Nationalistenführer Alex Salmond aus dem Votum am 18. September siegreich hervorgeht - das politische Establishment in London hat jetzt schon verloren.

**Der Autor war britischer Europaminister unter Tony Blair.** Sie erreichen ihn unter: [gastautor@handelsblatt.com](mailto:gastautor@handelsblatt.com)



Sollten die Schotten für die Abspaltung von England stimmen, würden sie den Staat in die größte Verfassungskrise seit drei Jahrhunderten stürzen.